

A. 1 „Der Mensch zuerst! Mit Mut Zukunft entwerfen!“

Beschluss des 2. Landesparteitages DIE LINKE. Sachsen vom 11. Oktober 2008

„Wir wollen und werden Verantwortung in dieser Gesellschaft, für die Gestaltung unseres Landes übernehmen. Als DIE LINKE werden wir um gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheiten für unsere Politik ringen.“

„Eine andere Welt ist nötig – Für ein Leben in Menschenwürde“
Gründungserklärung der Partei DIE LINKE. Sachsen

Der Mensch zuerst! Mit Mut Zukunft entwerfen!

Der Mensch zuerst!

DIE LINKE. Sachsen hat den Anspruch, dieses Land zu gestalten. Der Ausgangspunkt unserer Politik ist dabei stets die Frage, wie allen Einwohnerinnen und Einwohnern Sachsens ein Leben in Menschenwürde ermöglicht werden kann, wie es bereits in der Gründungserklärung der LINKEN in Sachsen heißt. „Der Mensch zuerst!“ ist daher unser Grundgedanke auf allen Politikfeldern.

In den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten haben wir zahlreiche Konzepte entwickelt, auf deren Grundlage bessere Lebensbedingungen in unserem Land möglich sind. Mit dieser politischen Kompetenz für alle Bereiche des sozialen Lebens werben wir um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler als **die** soziale Kraft in Sachsen. Dieses Vertrauen werden wir wenn nötig in der Opposition, wenn möglich in der Regierung rechtfertigen.

Für DIE LINKE sind weder die außerparlamentarische Politik noch die parlamentarischen Möglichkeiten, sei es Opposition oder Regierung, Selbstzweck, sondern die Frage, ob daraus eine spürbare Verbesserung für die Menschen erwächst. Unser politisches Denken und Handeln richtet sich vielmehr auf die praktischen Bedürfnisse, auf die Hoffnungen und Probleme der Menschen in Sachsen. Wir wissen, dass Schritte praktischer Veränderung für viele Menschen wichtig und notwendig sind.

Wir stellen uns dieser Verantwortung, denn ohne einen Wechsel wird die technokratische und autoritäre Obrigkeitsstaatspolitik fernab von den Interessen der Menschen nicht beendet werden können. Der Wechsel ist eine Voraussetzung dafür, dass die Leistungen der Bürgerinnen und Bürger Sachsens in den Jahren seit der Wende, aber auch schon zuvor, weiter Früchte tragen können. Denn in erster Linie ihnen ist es zu danken, dass der Transformationsprozess in Sachsen bei allen sozialen Verwerfungen auch Erfolge zu verzeichnen hat. Ihrem Fleiß, ihren Initiativen, ihrer Bereitschaft zur Veränderung ist es zu verdanken, dass Sachsen lange Zeit als erfolgreichstes neues Bundesland galt. Eine Mehrheit der Sachsen lebt gern in ihrem Land. Damit das so bleibt und der begonnene Abstiegsprozess gestoppt und umgekehrt wird, braucht Sachsen einen Aufbruch aus der politischen Erstarrung.

CDU ohne politische Gestaltungskraft

Zwei Jahrzehnte nach dem Herbst 1989 ist das Versprechen von den „blühenden Landschaften“, das damals den Menschen in Sachsen und den anderen Regionen der DDR gegeben wurde, fernab der Realität.

Sachsen war seit Jahrhunderten immer eine Region ökonomischer Prosperität und bildete auch in der DDR das wirtschaftliche Zentrum des Landes. Die hohe Qualifikation der Einwohnerinnen bildete die Grundlage dafür, dass die sächsische Ökonomie, aber auch Wissenschaft, Handel und Kultur eine Spitzenstellung in den verschiedenen historischen staatlichen Strukturen einnahmen. Sachsen als Einwanderungsland bot Menschen ganz verschiedener Herkunft, Weltanschauungen oder Lebensweisen einen Platz die mit ihrem Wissen und ihren Fähigkeiten dieses Land prägen. Kulturelle Offenheit und Innovationsfähigkeit waren über Jahrhunderte ein Markenzeichen Sachsens und Grundlage seines wirtschaftlichen Erfolgs. Nirgendwo sonst waren die Bedingungen für die Einhaltung des Versprechens von den „blühenden Landschaften“ so gut, wie in Sachsen.

Die CDU hatte in Sachsen vier Wahlperioden lang Zeit, ihr Wort einzulösen. Ein Blick auf die tatsächliche Situation in Sachsen zeigt, das trotz der Leistungen der Menschen hier davon nicht die Rede sein kann. Sachsen ist zu einem Land der Auswanderung geworden. Inzwischen leben seit 1990 über 700 000 Menschen weniger im Freistaat. Die Arbeitslosigkeit ist seit zwei Jahrzehnten das ungelöste Hauptproblem, darüber hinaus liegen die Löhne bei nur 80 % des Bundesdurchschnitts, eine Situation, die sich seit 2002 nicht gebessert hat. Dies muss auch der SPD ins Stammbuch geschrieben werden, die seit 2004 Mitverantwortung in Sachsen trägt.

Die CDU ist damit gescheitert, auf der Grundlage einer Wirtschaftspolitik der „Leuchttürme“ eine für alle Regionen Sachsens wirksame positive Entwicklung zu erreichen. Vielmehr stehen den wenigen erfolgreichen Beispielen zahlreiche Regionen gegenüber, in denen die Menschen keine oder nur geringe Möglichkeiten beruflicher und sozialer Entwicklung haben. Ganze Landstriche drohen zu veröden.

In der sich nun dem Ende zuneigenden Wahlperiode wurde offensichtlich, dass die CDU Sachsens nicht mehr in der Lage ist, dem Freistaat gestaltende politische Impulse zu geben.

Es gibt keinen gesellschaftlichen Bereich, in dem in den letzten Jahren die Politik der CDU/SPD-Regierung zu wirklichen Fortschritten beigetragen hat. Weder wurden Erfolge in der Arbeitsmarktpolitik erzielt, die eher durch Verlust und Umwidmung von EU-Fördermitteln, als durch Schaffung Existenz sichernder Beschäftigung, geprägt ist. Noch gelang es, aus der Rückwärtsgeandtheit eines selektierenden und unsolidarischen Bildungssystems herauszukommen.

Es gibt weder klare Aussagen zur ökologischen Nachhaltigkeit und zum Klimaschutz noch ein vernünftiges Hochschulgesetz. Weder eine Strategie zur Bekämpfung von Armut, besonders von Kindern, hat die Staatsregierung aufzuweisen, noch betrachtet sie es als Notwendigkeit, wenigstens für Kinder aus armen Elternhäusern ein kostenloses Mittagessen in Kitas und Schulen bereit zu stellen.

Spätestens mit dem Notverkauf der SachsenLB ist der finanz- und haushaltspolitische Ansatz der Union endgültig gescheitert. Anstatt einer soliden, auf die regionalen Aufgaben orientierten Arbeit wollte man auf den großen Märkten mitspielen und verlor dabei besonders gründlich. Damit ist der Ruf beispielhafter Finanzpolitik des Freistaates nur noch Makulatur.

Die Staatsregierung selbst wurde zum Sicherheitsrisiko. Die Pläne zum Stellenabbau und zur Umstrukturierung der Polizei haben ihr Vertrauen bei den Bediensteten tief erschüttert. Bedenkenlos setzte sie mit ihren Fraktionen Vorhaben durch, die den Datenschutz der Bürgerinnen und Bürger Sachsens schwer beschädigen. Initiativen zum Ausbau der Demokratie hingegen fürchtete sie. Weder ein Wahlalter 16 noch die Stärkung der

bürgerschaftlichen Mitbestimmung, ja noch nicht einmal ein Personalvertretungsgesetz brachte die Koalition zustande. Das Handeln der Staatsregierung im Zusammenhang mit dem „Sachsen-Sumpf“-Skandal war ebenso fahrlässig wie unprofessionell.

Die Halbherzigkeit der Regierung in Sachen Demokratie macht es rechten Gruppierungen leichter, in der Gesellschaft Wurzeln zu schlagen. Die fehlende Entschlossenheit der Koalition, mit allen, auch mit DER LINKEN, vorurteilsfrei zusammenzuarbeiten, wenn es um die Bekämpfung undemokratischen, menschenverachtenden und rassistischen Denkens und Handelns geht, ist angesichts der Tatsache, dass Sachsen zur Spielwiese von Rechten aller Couleur geworden ist, zu wenig. Dass ganze Regionen in Sachsen Hort rechter Parteien und Gruppierungen sind, ist für jeden demokratisch und humanistisch gesinnten Menschen unerträglich.

Die Aufkündigung des Konsenses der demokratischen Parteien zum Umgang mit der NPD durch die CDU mit dem Ziel, ein linkes Feindbild zu produzieren, ist angesichts der Entwicklung der letzten Jahre fahrlässig und verantwortungslos.

Ihr geistig-kulturelles Armutszeugnis lieferte die CDU damit ab, Sachsen weltweit in Misskredit zu bringen, indem sie das Weltkulturerbe in Dresden pragmatischer Machtpolitik opfert. Der Schaden, der dabei bislang angerichtet wurde, ist kaum wieder gut zu machen. Provinzialität wurde gleichsam zur politischen Tugend erhoben. Damit aber kann und wird Sachsen keine Zukunft gewinnen.

Die Staatsregierung fiel vor allem durch ihre Ministerrochaden auf, ein Minister löste den anderen ab, bis hin zur Auswechslung des Ministerpräsidenten. Das waren die spannendsten Zeiten dieser Koalition. Inhaltliche Neuausrichtungen, politische Richtungswechsel gar waren und sind damit jedoch nicht verbunden.

Das Fazit ist schlicht: Sachsen wird schlecht regiert. Die Koalition setzt die unsoziale, bürgerferne, rückständige Politik der CDU-Alleinregierung nahezu ungebrochen fort. Der notwendige Politikwechsel in zentralen Gesellschaftsbereichen wie Bildung und Arbeit, Wissenschaft, kulturellem und sozialem Zusammenleben scheiterte, in erster Linie an der CDU. Damit sind 19 Jahre CDU-Regierung in Sachsen genug. Sachsen braucht Alternativen und den Wechsel. Das ist die zentrale Frage der Landtagswahl 2009.

Wir sind bereit, den Richtungswechsel in der sächsischen Politik hin zur sozialen Gerechtigkeit, innovativem und ökologischem Wirtschaften, mehr direkter Demokratie, zukunftsweisender und sozial durchlässiger Bildung sowie kultureller Teilhabe mit zu tragen, mitzugestalten und mitzuverantworten.

Mit Mut Zukunft entwerfen!

Seit der politischen Wende hat sich die PDS und später gemeinsam mit der WASG unsere Partei DIE LINKE zur stärksten Oppositionspartei in Sachsen entwickelt. Wir sind einflussreiche, gestaltende Opposition, eine politische Kraft, die hohes Vertrauen in der Bevölkerung genießt und wie keine andere Partei im Lande für soziale Gerechtigkeit steht. Auf allen Ebenen - im Bund, im Land und in den Kommunen - beschränken wir uns nicht auf Widerstand und Protest, sondern bieten machbare politische Alternativen an. Wir haben die Kraft, Zeichen zu setzen für einen nachhaltigen Politikwechsel, für eine neue soziale Idee, für ein innovatives und weltoffenes Sachsen.

Unsere Ziele für 2009 sind klar:

Wir wollen unseren Einfluss auf allen Ebenen deutlich verstärken, damit künftig die Landesentwicklung in Sachsen nicht mehr an der LINKEN vorbei entschieden werden kann. Die CDU-Dominanz in Sachsen muss durchbrochen werden. Nur so kann es den Wettbewerb um die besten Lösungen geben.

Wir wollen alle an sozial gerechter, ökologischer, friedlicher und antifaschistischer Politik Interessierten dafür gewinnen, mit uns gemeinsam dieses Land für die Zukunft zu gestalten. Dazu gehört auch, alles zu tun, dass Nazis keine Chance erhalten, Sachsen ihren Stempel aufzudrücken.

DIE LINKE. Sachsen hat ihre Arbeit in den letzten Monaten auf Kernprojekte für einen Politikwechsel konzentriert, die mittlerweile als Markenzeichen der sächsischen LINKEN gelten. Wir wollen den Aufbruch zu einem sozial-ökologisch gerechten, innovativen, bürgernahen, lebenswerten Sachsen schaffen. DIE LINKE kämpft an der Seite der außerparlamentarischen Bewegungen und der Gewerkschaften dafür, dass die Folgen der desaströsen Finanzpolitik der CDU nicht durch Kürzungen beispielsweise im Sozial-, Kultur- oder Bildungsbereich der Bevölkerung des Freistaates aufgeladen werden.

„Der Mensch zuerst“, das heißt für uns eine Gesellschaft

- ... **DER SOZIALEN SICHERHEIT**
- ... **DER GUTEN ARBEIT**
- ... **DER BILDUNG UND KULTUR FÜR ALLE**
- ... **DER DIREKTEN DEMOKRATIE UND BÜRGERRECHTE**
- ... **DER ÖKOLOGISCHEN INNOVATION**
- ... **DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION UND WELTOFFENHEIT** und
- ... **DES FRIEDENS**

Unsere Politik umfasst Angebote für alle Generationen und Lebensformen.

Als Partei der sozialen Gerechtigkeit ist es unser dringendstes Ziel, Armut in jeder Form wirksam zu bekämpfen, auf allen Ebenen für die Abschaffung von Hartz IV zu streiten, die soziale Infrastruktur zu erhalten und auszubauen sowie Gleichstellung als gesellschaftliches Grundprinzip spürbar zu befördern. DIE LINKE Sachsen fordert die Einführung regionaler Sozialtickets.

Wir stehen für das Recht auf einen von Geburt an gebührenfreien Kitabesuch ohne Zugangskriterien als Ort der Bildung und Erziehung. Wir wollen Kinderarmut beseitigen und unter anderem dafür sorgen, dass jedes Kind in Sachsen ein kostenfreies Mittagessen bekommt. Wir stehen für ein längeres gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse, für Lern- und Lehrmittelfreiheit und die flächendeckende Einführung tatsächlicher Ganztagschulen. Wir halten an dem Ziel fest, jedem Jugendlichen eine qualifizierte und zukunftsfähige Berufsausbildung anzubieten. Wir werden uns für den Erhalt und die Verbesserung des bestehenden dualen, nicht modularisierten Berufsausbildungssystems und für die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage einsetzen.

Eine Politik, die jedem Kind bzw. Jugendlichen unabhängig von seiner Herkunft ermöglicht, eine ausgezeichnete Bildung zu erhalten, ist eines unserer zentralen Angebote. Für ein demokratisches Gemeinwesen wollen wir die außerschulische Bildung und die Jugendarbeit in Sachsen stärken.

DIE LINKE Sachsen begreift Hochschulen als Räume für freie und kritische Wissenschaft und Lehre und nicht als bloße Wirtschaftsfaktoren. Demokratische Strukturen, sichere Beschäftigungsverhältnisse, ein freier Zugang und jegliche Gebührenfreiheit sind

Schlüsselfaktoren für das Gedeihen des Wissens und des Könnens aller.

Die Entwicklung der Hochschullandschaft in Sachsen muss zukunftsweisend und nachhaltig zugleich sein. Denn nur wenn die Folgen der Bevölkerungsentwicklung sinnvoll und mit dem Anspruch an eine breite Hochschulforschung und -bildung mit allen Betroffenen diskutiert wird, ist sichergestellt, dass auch im Bereich der Hochschulpolitik eben der Mensch - und nicht die Wirtschaftlichkeit einzelner Standorte und Orchideenfächer - zuerst kommt.

Sachsen als Kulturland heißt für uns, Kultur als unabdingbare Voraussetzung für gesellschaftliche Integration und nicht nur als wirtschaftlichen Standortfaktor zu betrachten. Deshalb wollen wir die gewachsene Kulturlandschaft durch Stärkung und Ausbau des sächsischen Kulturraumgesetzes erhalten und damit ein flächendeckendes Netz von Kultureinrichtungen. Soziokultur im ländlichen Raum wie im Stadtteil sowie gleicher Zugang zu musisch-kultureller Bildung für alle Menschen in Sachsen ist uns ebenso wichtig wie der Erhalt vorhandener Ensemblestrukturen und die Förderung weltbekannter Kunst- und Kultureinrichtungen in den Großstädten.

DIE LINKE. Sachsen steht für eine Arbeitsmarktpolitik, die vom Menschen aus gedacht wird. Wir wollen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor im Sozial-, Kultur- und Umweltbereich zwischen Markt und Staat etablieren. Ziel der Überwindung der Hartz-Gesetzgebung ist eine aktive und repressionsfreie Arbeitsmarktpolitik, die qualifizierte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung fördert, die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Arbeitssuchenden entwickelt und menschenwürdige Arbeit zu menschenwürdiger Bezahlung schafft und damit soziale und kulturelle Integration erst ermöglicht. So verstehen wir die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8 Euro als einen ersten Schritt.

Unsere Wirtschaftspolitik orientiert sich nicht nur auf überregionale Anbindungen und Absatzmärkte, sondern auch auf die systematische Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Die öffentliche Auftragsvergabe und Förderpolitik im Freistaat müssen an soziale und ökologische Kriterien gebunden werden. Die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen stellen wir dabei in den Vordergrund. Für Existenzgründungen wollen wir eine Eigenkapitalhilfe ermöglichen und eine »stille Beteiligung der öffentlichen Hand« für Unternehmen einrichten.

Der Erhalt des öffentlichen Eigentums ist ein zentrales Anliegen der LINKEN. Die Beendigung des Prozesses der Privatisierung insbesondere kommunalen Eigentums und die Rekommunalisierung bereits privatisierter öffentlicher Unternehmen betrachten wir als eine wichtige Aufgabe.

Das konsequente Umsteuern auf die Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energien muss ebenso als Chance begriffen werden wie die konsequente Ausrichtung auf einen immer geringeren Energieverbrauch. Sachsen muss führend werden bei der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung in diesem Bereich. Wir wollen sicherstellen, dass kein Dorf mehr dem Braunkohleabbau zum Opfer fallen muss. Mit der Entwicklung von Konzepten für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und der Gestaltung der Energiewende stellen wir uns den Problemen einer ökologisch zukunftsorientierten Politik. DIE LINKE steht für ein Aufbrechen der Monopole im Energiebereich. Ökologisches Leben und Wirtschaften darf kein Luxus sein. Für künftige Generationen müssen auch Wasser und Energie dauerhaft bezahlbar bleiben.

Wir wollen in Sachsen eine moderne Gleichstellungspolitik durchsetzen, mit deren Hilfe die Vielzahl der Diskriminierungen, die in diesem Land existieren, überwunden werden kann. Alle Menschen sollen gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben, unabhängig von ihrer

Herkunft, Lebensweise, sexueller Orientierung, Geschlecht, Weltanschauung, Konfession, sozialer Stellung oder ob sie behindert sind.

Unsere Politik für ein würdevolles Leben im Rentenalter geht davon aus, dass wir ein langes und Leben nicht als demographisches Problem, sondern als sinnvolles Ziel betrachten. Die Fähigkeiten und das Wissen, das sich Menschen im Verlaufe ihres Lebens angeeignet haben, sind die Grundlage für eine aktive Teilhabe und Integration der Seniorinnen und Senioren in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Gesundheit für alle und Stärkung der Prävention ist Ziel unserer Gesundheitspolitik. Eine qualitativ hohe ärztliche Versorgung muss flächendeckend jedem und jeder gewährt werden.

Den Menschen in Sachsen die selbstbestimmte Gestaltung ihres Lebens zu ermöglichen, ist ein integraler Bestandteil linker Politik. Der Ausbau der direkten demokratischen Einflussnahme auf alle gesellschaftlichen Lebensbereiche ist dafür Grundvoraussetzung. Als ersten Schritt schlagen wir beispielsweise die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre vor, unabhängig von Herkunft und Status. Der Schutz der Grundrechte wird zu einer immer drängenderen Aufgabe. Damit verbunden ist unsere strikte Ablehnung von staatlichen und privaten Überwachungsmaßnahmen. DIE LINKE. Sachsen steht damit für den Erhalt und konsequenten Aufbau der Bürgerrechte wie der Rechtsstaatlichkeit. Dazu gehört für uns auch der stete Kampf gegen Korruption und politischen Filz.

Die besondere territoriale Lage Sachsens versetzt uns nicht nur in die Verantwortung, uns besonders für die Rechte der sorbischen Minderheit in Sachsen und der Wahrung ihres kulturellen Erbes einzusetzen, sondern auch gemeinsam mit unseren tschechischen und polnischen Nachbarn dazu beizutragen, dass die europäische Integration friedlich und gleichberechtigt erfolgt und nicht auf Kosten von Migrant/innen stattfindet. Wir werben um das Vertrauen der Bevölkerung in die europäische Erweiterung und werden auch in Zukunft nicht zulassen, wenn andere Parteien versuchen Ängste vor organisierter Kriminalität und vor Fremden zu schüren. Unser Verständnis von Weltoffenheit endet nicht an den Grenzen der EU und beginnt nicht erst nach dem Übergriff auf MigrantInnen. Das Land Sachsen muss auch strukturell weltoffen werden, wir streiten deshalb auch für bessere Lebensbedingungen der hier lebenden MigrantInnen, die z.B. durch Paketversorgung und die Residenzpflicht diskriminiert werden.

DIE LINKE. Sachsen verfügt über ein politisches Angebot, für dessen Umsetzung es sich zu kämpfen lohnt. Auch wenn wir wissen, dass der Einfluss aus der Opposition heraus nicht zu unterschätzen ist, können wir sagen, dass wir für die Übernahme praktischer Verantwortung gewappnet sind. Die Landtagsfraktion hat dazu mit ihren über 30 Gesetzesentwürfen gute Vorarbeiten geleistet.

Es ist an der Zeit, Sachsen zu bewegen. DIE LINKE ist dazu bereit.

Dieser Antrag wurde vom Landesparteitag mit 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

f.d.R.
Rico Gebhardt
Landesgeschäftsführer

11. Oktober 2008, Markneukirchen